



DIE NEUE REGIERUNG TIMOSCHENKO

■ ANALYSE	
Die neue Regierung Timoschenko	2
Von Nico Lange, Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew	
■ TABELLEN ZUM TEXT	
Die Stellenbesetzung in Präsidentialadministration und Regierung	6
Die Ausschussvorsitzenden im Parlament	7
Die Regierung Julia Timoschenko	8
Ministerpräsidenten der Ukraine seit 1997	13
■ UMFRAGE	
Die politische Stimmung in der Ukraine	14
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 11. Dezember 2007 bis 21. Januar 2008	18

*Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 12. Februar 2008.
Thema wird das ukrainische Hochschulwesen sein.*



Analyse

Die neue Regierung Timoschenko

Von Nico Lange, Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew

Zusammenfassung

Entgegen den skeptischen Erwartungen vieler Beobachter gelang es in der Ukraine, noch vor dem Jahreswechsel eine Mehrheitskoalition aus den Fraktionen Block Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes und Block Timoschenko zu bilden und Julia Timoschenko zur Ministerpräsidentin zu wählen. Damit wurde ein Schlusspunkt unter die Ereignisse des Krisenjahres 2007 gesetzt. Die neue Regierungschefin begann die Arbeit klassisch mit der Besetzung zahlreicher Schlüsselpositionen. Die anstehenden Aufgaben für die Regierungsarbeit lagen unterdessen bereits seit längerem auf dem Kabinetttisch.

Das im Januar vorgestellte Regierungsprogramm bietet zu ihrer Bearbeitung allerdings kaum konkrete Politikentwürfe. Die ersten bestimmenden Sachthemen Timoschenkos zweiter Amtszeit sind der Staatshaushalt 2008, die Auszahlung alter Sparguthaben aus der Zeit der UdSSR und überraschenderweise eine erneute ukrainische Initiative in Richtung NATO-Beitritt. Direkt seit der Amtsübernahme Timoschenkos zeigt sich außerdem sehr deutlich, dass das Verhältnis zwischen Präsident und Ministerpräsidentin auch unter dem Vorzeichen einer »oranen« Koalition höchst konfliktrichtig bleibt. Viele Indizien deuten schon jetzt darauf hin, dass auch diese Regierung wiederum nicht für eine volle Legislaturperiode im Amt bleiben wird.

Einleitung

Zum Jahreswechsel und im Januar 2008 strahlte die ukrainische Politik zum ersten Mal seit längerer Zeit eine gewisse Normalität aus. Nach dem Krisenjahr 2007 mit den schweren Machtkonflikten, den vorgezogenen Neuwahlen zum Parlament und zuletzt der schwierigen – und gerade noch eben so erfolgreichen – Koalitionsbildung der ehemals »oranen« Kräfte befand sich nun zum Beginn des neuen Jahres eine arbeitende Regierung im Amt, das Parlament tagte, die Posten waren zum überwiegenden Teil verteilt, der Staatshaushalt 2008 wurde verabschiedet, sogar die Opposition arbeitete weitgehend sachlich.

Dass dieser Normalzustand auch unter den Ukrainern und selbst von den beteiligten Politikern wie eine Errungenschaft aufgenommen wird, zeigt deutlich, wie niedrig die Erwartungen durch die permanenten Grundsatzdiskussion und die im Vorjahr fast alltäglichen Absurditäten des ukrainischen Politikbetriebs mittlerweile gesunken sind. Der letzte Akt des Krisenschauspiels von 2007 bestand zuvor in der ungewöhnlichen, namentlichen und öffentlichen Abstimmung der neu gewählten Parlamentarier für die Ministerpräsidentin Timoschenko mit einem der Reihe nach ausgerufenen »Sa!« (»dafür«), nachdem das elektronische Abstimmungssystem »Rada« zuvor für zwei an jeweils einer fehlenden Stimme gescheiterten Wahlversuchen verantwortlich gemacht wurde. Timoschenko wurde schließlich mit 226 von 450 Stimmen zur Ministerpräsidentin gewählt. Seither hat das elektronische Abstimmungssystem »Rada« wieder normal funktioniert und

mit seiner Hilfe wurde durch das Parlament der sechsten Legislaturperiode bereits eine Reihe von wichtigen Abstimmungsentscheidungen getroffen.

Besetzung der Schlüsselpositionen

Intensiv beschäftigten sich die neue Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und Präsident Viktor Juschtschenko zunächst mit der Besetzung zahlreicher Posten. Die Zusammensetzung des Ministerkabinetts entspricht weitgehend den Erwartungen und hatte sich überwiegend schon während der Koalitionsverhandlungen zwischen Unsere Ukraine und dem Block Timoschenko abgezeichnet. Timoschenko ernannte ihren langjährigen und wichtigsten vertrauten Oleksandr Turtschinow zum ersten Vizepremier und bestimmte den außenpolitischen Berater Hrihori Nemirja, der zuletzt deutlich an Bedeutung gewann und unter anderem kürzlich den Antrag der Partei Batkiwtschyna auf Beobachterstatus in der Europäischen Volkspartei und ein Treffen Timoschenkos mit Bundeskanzlerin Merkel am Rande des EVP-Gipfels von Lissabon eingefädelt hatte, zum Vizepremierminister für Europäische Integration. Klar war auch von vornherein, dass Timoschenko den allseits anerkannten Experten Viktor Pinsenik zum Finanzminister machen würde und für die Ressorts Energie und Wirtschaft eher schwachen Figuren aus der zweiten Reihe vorgesehen hatte, um in diesen Bereichen selbst das Heft in der Hand zu behalten.

Die Besetzungen der Ministerposten des Anteils von Unsere Ukraine dagegen kamen nicht so konfliktfrei zustande. Nachdem sich schon während des Wahlkampfes

und der Koalitionsverhandlungen deutliche Spannungen zwischen der Fraktion und der Parteiführung von Unsere Ukraine und der Präsidentschaftsadministration abgezeichnet hatten, setzten sich die Bemühungen des Präsidenten um umfassende Kontrolle und die damit verbundenen Konflikte weiter fort. Im Ergebnis gibt es nunmehr gewissermaßen zwei Quoten des Präsidenten im neuen Ministerkabinet. Neben der in der Verfassung garantierten »Quote des Präsidenten« für Außen- und Verteidigungsministerium, brachte Juschtschenko seine Kandidaten zusätzlich auch in der Hälfte der Unsere Ukraine qua Koalitionsvertrag zustehenden Ämter durch.

Die größte Überraschung war die Ernennung des ehemaligen Ministerpräsidenten und damaligen Timoschenko-Nachfolgers Juri Jechanurow zum Verteidigungsminister. Juschtschenko wollte damit offensichtlich einen Gegenspieler zu Timoschenko, in etwa wie seinerzeit Außenminister Tarasjuk in der Regierung Janukowitsch, in der Regierung installieren. Er nahm dafür sowohl Jechanurows mangelnde Fachkenntnis im Verteidigungsressort als auch den krassen Affront gegen den bisher stets loyalen und fachlich sehr erfolgreich arbeitenden Verteidigungsminister Gryzenko in Kauf.

Nicht alle der weitgehenden Personalentscheidungen, die in der Ukraine, noch immer dem »winner takes it all« Prinzip entsprechend, den umfassenden Austausch von Spitzenpersonal gemäß der neuen Machtkonstellation beinhalten, können hier im Detail wiedergegeben werden. Zwei ambivalente Tendenzen waren jedoch auszumachen: Zum einen nutzte insbesondere das Juschtschenko-Lager die neue Situation, um Personalien durchzubringen, die zuvor am Widerstand der Partei der Regionen gescheitert waren. Dies gilt beispielsweise für Außenminister Ohrisko, dessen zweimalige Ablehnung durch das Parlament ziemlich genau ein Jahr zurückliegt, und auch den neuen Geheimdienstchef Naliwaitschenko.

Zum anderen bezog Präsident Juschtschenko, der zuvor die Koalitionsbildung offensichtlich mit dem Ziel der möglichen Einbeziehung der Partei der Regionen verzögert hatte, nun in die Präsidentschaftsadministration und den Nationalen Sicherheitsrat die Gegenseite mit ein. Die Aufsehen erregende Ernennung der ehemaligen Fraktionsführerin der Partei der Regionen und Gesundheitsexpertin, Raisa Bohatirowa, zur Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates sorgte sowohl im Regierungslager als auch in der Opposition für einige Verwunderung. Ob Juschtschenko damit Versprechen aus der Kompromissfindung während der Krise im Vorjahr einlöst, Hintergrundvereinbarungen mit Kreisen um Oligarch Rinat Achmetow getroffen hat, zu denen auch Bohatirowa gehört oder gar gemäß *divide et impera* Versuche unternimmt, die Partei der Regionen zu spalten, ist derzeit sehr schwer zu beurteilen.

Das Regierungsprogramm

Viele der Aufgaben für die neue Regierung liegen bereits seit einiger Zeit auf dem Kabinetttisch. Auf dem Feld der Innenpolitik betrifft das vor allem die Dauertemen Verwaltungsreform und Kampf gegen Korruption, gravierende Probleme der Gesundheits- und Rentensysteme sowie die offensichtlich notwendige Klärung des Verfassungsrahmens und die Stärkung der Gewaltenteilung. Außenpolitisch geht es zunächst vorrangig um einen schnellstmöglichen WTO-Beitritt und die Verhandlungen mit der EU über das so genannte »vertiefte« Abkommen mit der erweiterten Freihandelszone. Die zuletzt wieder bedrohlich steigende Inflation und die Gefahr der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, ohne dessen Basis sich tief greifende Reformen ohnehin nur schwer vorstellen lassen, machen zudem schnelles wirtschafts- und fiskalpolitisches Handeln erforderlich.

Das im Januar vorgestellte Regierungsprogramm »Ukrainischer Durchbruch« kann realistisch zur Lösung dieser Probleme allerdings kaum als Geschäftsgrundlage angesehen werden. Es enthält, nur wenig verändert gegenüber dem gleichnamigen Wahlprogramm, vor allem einen umfangreichen Katalog von Fernzielen, aus dem sich bestenfalls ansatzweise Folgerungen für konkretes Regierungshandeln ableiten lassen. Es war jedoch ein interessantes Novum, dass die Regierung Timoschenko dieses Programm öffentlich vor Vertretern der ukrainischen Zivilgesellschaft in Kiew zur Diskussion stellte.

Die Reaktionen der anwesenden NGO-Vertreter, die sich vorrangig aus Kiewer Aktivisten des ehemals »orangen« Lagers zusammensetzten, fielen jedoch nicht so positiv aus, wie von der Regierung erwartet. Während einige der Anwesenden ihre Enttäuschung und Kritik offensichtlich zurückhielten um die neue Regierung nicht zu schädigen, brachte Vira Naniwska, die als Leiterin der Akademie für Staatliche Verwaltung Präsident Juschtschenko nahe steht, ihre Eindrücke wie folgt auf den Punkt: »Im Ukrainischen Durchbruch sind keine Durchbruchpunkte definiert worden. Stattdessen haben wir es zu tun mit einer Enzyklopädie von Aufrufen, Verpflichtungen, unkonkreten Aufgaben und sogar von genauen Einzelaufgaben, die aber im Ozean leerer Parolen hoffnungslos verloren gehen.«

Die ersten Sachthemen

Das neben den Stellenbesetzungen zentrale Thema noch vor den Weihnachtsferien war der Staatshaushalt 2008, nachdem Timoschenko angekündigt hatte, den Entwurf der Regierung Janukowitsch nicht zu berücksichtigen und trotz der Kürze der Zeit einen komplett eigenständigen Haushalt aufzustellen. Dieser wurde noch im Dezember schließlich durch die Mehrheitskoaliti-

on mit den Stimmen der Kommunisten bestätigt, hat aber sehr wahrscheinlich nur vorläufigen Charakter. Die nun zweifelsohne folgenden Nachverhandlungen werden sich schwierig gestalten. Angesichts der umfangreichen Versprechen aus dem Wahlkampf und der ohnehin schon schwer belastenden Sozialausgaben ist ein ausgeglichener Haushalt kaum zu bewerkstelligen. Juschtschenko kündigte in diesem Zusammenhang bereits an, ein Haushaltsdefizit von mehr als zwei Prozent nicht zu akzeptieren und entsprechende Nachträge zum Haushaltsgesetz nicht zu unterzeichnen.

In diesem Kontext und vor dem Hintergrund einer Inflationsrate von zuletzt 15 Prozent fällt schwer ins Gewicht, dass die neue Regierung mit der Einlösung eines ihrer zentralen Wahlversprechen, der Auszahlung alter Sparguthaben aus der Zeit der UdSSR, sofort nach der Übernahme der Amtsgeschäfte begonnen hat. Die Auszahlung dieser Sparguthaben und das vage Regierungsprogramm, das wie erwähnt eher einem Wahlprogramm gleicht, lassen es fraglich erscheinen, ob die Regierung Timoschenko denn tatsächlich damit rechnet, für eine volle Legislaturperiode in der Verantwortung zu stehen. Letztlich sprechen auch die Halbwertszeiten der Regierungen der letzten Jahre eine deutliche Sprache. Viele ukrainische Beobachter gehen davon aus, dass Julia Timoschenko mit dem Coup der Auszahlung der alten Sparguthaben ihre Chancen bei einer möglichen Teilnahme an künftigen Präsidentschaftswahlen jedenfalls weiter verbessert haben dürfte.

Konflikte bleiben

Im Zusammenhang mit den Spekulationen um die Dauer der Amtszeit dieser neuen Regierung Timoschenko spielen das Verhältnis zum Präsidenten und dessen politische Handlungen natürlich eine erhebliche Rolle. Schon einmal war die Ministerpräsidentin Timoschenko von Juschtschenko in der Arbeit massiv eingeschränkt und schließlich ganz abgesetzt worden. Seit Ausbruch der Krise im letzten Jahr zeigt sich Juschtschenko extrem darum bemüht, in allen Politikfeldern die Initiative zu ergreifen und immer mehr Kompetenzen an sich und seine immer mächtiger werdende und offensiver auftretende Administration zu ziehen. Bisher war Timoschenko dazu bereit, sowohl die taktischen Manöver des Präsidenten während der Koalitionsbildung als auch andere Einschränkungen in Kauf zu nehmen, um schließlich an die Macht zu gelangen. Ob sie dies auch bei den für sie selbst hochsensiblen Fragen des Gesetzes über das Ministerkabinett und der Verteilung der Kompetenzen zwischen Präsidentschaftsadministration und Regierung sein wird, darf bezweifelt werden.

Offensichtlich sind Juschtschenko und sein Leiter der Präsidentschaftsadministration, Baloha, fest dazu entschlossen, den mit der Auflösung des Parlaments und

den vorgezogenen Neuwahlen eingeschlagenen Weg weiter zu beschreiten. Per Erlass berief der Präsident nunmehr eine Verfassungskommission ein, die sich mit der Ausarbeitung und Verabschiedung eines neuen Verfassungstextes befassen soll. Inhaltlich wurde über den neuen Verfassungsentwurf aus dem Lager des Präsidenten bisher nichts bekannt. Es ist aber davon auszugehen, dass das Kräfteverhältnis wieder stärker in Richtung eines präsidentiellen Systems verschoben werden soll. Umso bedenklicher ist es, dass Juschtschenko persönlich die Leitung dieser Verfassungskommission übernehmen will.

Überraschende Initiative in Richtung NATO

Auch in der Außenpolitik ergriff zunächst nicht Timoschenko sondern Juschtschenko die Initiative mit der Formulierung eines vom ihm selbst, Timoschenko und Parlamentssprecher Jazenjuk unterzeichneten Schreibens mit Bitte an die NATO, der Ukraine einen Membership Action Plan anzubieten. Dieser Vorstoß war offensichtlich weder innen- noch außenpolitisch vorbereitet worden und kommt in beiderlei Hinsicht nicht zum günstigsten Zeitpunkt. Für die westlichen Partner ist es nach dem unübersichtlichen Krisenjahr sehr schwierig, die Lage in der Ukraine einzuschätzen. Noch dazu wird im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in der Russischen Föderation ohnehin schon mit den Säbeln gerasselt. Die europäischen und transatlantischen Partner der Ukraine stehen im Vorfeld des Bush-Besuches in Kiew und des NATO-Gipfels in Bukarest im April nunmehr in einer kurzfristigen Spannungssituation, die sich letztlich als kontraproduktiv für die ukrainischen NATO-Ambitionen erweisen könnte. Es hat derzeit den Anschein, als liefe die Ukraine damit Gefahr, alte Fehler einer ungeschickten Hau-Ruck-Politik zu wiederholen.

Erneut offenbart sich eine Ambivalenz in Juschtschenkos politischem Handeln. Während er einerseits viel Wert darauf legt, die Partei der Regionen einzubeziehen und bis zuletzt direkt und indirekt noch irgendwie versucht hatte, eine »breite« Koalition oder zumindest eine andere Form der Regierungsbeteiligung der Partei der Regionen auf den Weg zu bringen, geht er außenpolitisch, wie auch zum Beispiel in Fragen der ukrainischen Geschichtspolitik, einen absolut einseitigen Weg, der seine integrativen Bemühungen konterkariert. Für Regierungschefin Timoschenko bringt die Initiative zum NATO-Beitritt zu diesem Zeitpunkt noch ein weiteres sehr schwieriges Element in die Regierungsführung ein. Zwar versuchte sie, sich vom Präsidenten abzusetzen und die zwingende Notwendigkeit eines nationalen Referendums zur NATO-Frage zu betonen, wird aber dennoch die Verantwortung der

Regierung während der nun folgenden außenpolitisch schwierigen Wochen tragen müssen.

Opposition mit Schwierigkeiten

Erleichtert wird Timoschenkos Arbeit jedoch dadurch, dass auch die Opposition und besonders die sonst so einheitliche Partei der Regionen mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Die Bemühungen um die Bildung einer »einheitlichen Opposition« mit der Bildung eines Schattenkabinetts können als gescheitert angesehen werden. Der Einfluss der Janukowitsch-Partei auf die anderen Fraktionen der Opposition ist offenbar gering und sie vermochte es nicht, überzeugend darzulegen, welchen Gewinn eine Vereinigung der Opposition darstellen könne. Die Entscheidung der ehemaligen Fraktionsführerin Bohatirowa die Nominierung des Präsidenten anzunehmen und den Vorsitz im Nationalen Sicherheitsrat zu übernehmen, stellte einen offenen Bruch mit dem sonst so geschlossenen Auftreten des »blauen« Lagers dar. Zum ersten Mal setzte sich ein Spitzenpolitiker offen über Entscheidungen Janukowitschs und des Parteirates hinweg. Schon im Vorfeld der Wahlen hatte sich angedeutet, dass der Kreis der so genannten »jungen« Donezker um Achmetow, Kolesnikow und Bohatirowa seinen Einfluss vergrößern will. Eines der zentralen Probleme dieser Gruppe liegt jedoch bisher darin, dass kein alternativer aussichtsreicher Kandidat zu Janukowitsch zur Verfügung steht.

Nur eine weitere »Übergangsregierung«?

Trotz der eingangs erwähnten Normalität lassen sich auch für die neue Regierung der Ukraine bereits jetzt deutliche Bruchstellen ausmachen. Viele ukrainische und internationale Beobachter hatten im letzten Jahr davor gewarnt, dass sich die Situation nicht grundlegend verbessern kann, wenn die Verfassungsgrund-

lagen und die Kompetenzverteilungen im politischen System vor den Wahlen ungeklärt bleiben würden. Die ohnehin schon komplizierte Ausgangslage für die Regierungsarbeit mit dem innenpolitischen Reformstau, außenpolitischen Herausforderungen und dem Anpassungsbedarf bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird durch die erkennbaren Bemühungen des Präsidenten, die Handlungsfähigkeit der Regierung einzuschränken, zusätzlich erschwert. Die im letzten Jahr entwickelte Rolle der Präsidialadministration und des Hineinregierens Juschtschenkos in alle Politikfelder sowie in die Parlamentsfraktion von Unsere Ukraine und die Einflussnahme auf die vom Präsidenten kontrollierten Minister werden es für Timoschenko schwer machen, eine eigene Linie in der Regierungspolitik zu formulieren und durchzusetzen.

Viele Indizien und auch ganz offene Spekulationen in der Kiewer politischen Szene deuten darauf hin, dass auch der zweiten Regierung Timoschenko nur eine verkürzte Amtszeit bevorstehen wird. Auch unter den Parlamentariern rechnen viele schon im Jahr 2008 mit erneuten Wahlen. Wolodimir Litwin vom gleichnamigen Block gab vor kurzem mehrfach bekannt, dass seine Fraktion weder Regierung noch Opposition beitreten werde, da dieses Parlament »nur Übergangscharakter« haben werde. Julia Timoschenko formulierte in kleinerem Kreis in den Tagen nach den Neuwahlen im Oktober selbst einmal, dass es »noch einer weiteren Wahl bedürfe«, um die Ukraine auf den aus ihrer Sicht »richtigen Weg« zu bringen. Sie hat dabei offen gelassen, ob es sich um Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen handeln wird. Vielleicht bieten die allgemein skeptischen Erwartungshaltungen aber auch gute Möglichkeiten für positive Überraschungsmeldungen aus Kiew im Jahr 2008.

Über den Autoren

Nico Lange ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Ukraine und leitet das Auslandsbüro der Stiftung in Kiew.

Tabellen zum Text
Die Stellenbesetzung in Präsidentialadministration und Regierung

Präsident
Viktor Juschtschenko

Ministerpräsidentin
Julia Timoschenko

Präsidentalsekretariat

Viktor Baloha, Leiter des Sekretariats

Oleksandr Schlapak,
 1. stv. Leiter des Sekretariats,
 Vertreter des Präsidenten im
 Ministerkabinett

Igor Pukschyn, stv. Leiter des
 Sekretariats, zuständig für die
 Kontrolle über die Arbeit des
 Sicherheitsdienstes

Oleksandr Tschalyj, stv. Leiter
 des Sekretariats, zuständig für
 Außenpolitik

Andrij Kyslynskyj, stv. Leiter des
 Sekretariats

Iwan Perechoda, stv. Leiter
 des Sekretariats, Vertreter des
 Präsidenten im Parlament

Roman Bessmertnyj, stv. Leiter
 des Sekretariats

Maryna Stawnijtschuk, stv.
 Leiterin des Sekretariats,
 Vertreterin des Präsidenten im
 Verfassungsgericht und in der
 Zentralen Wahlkommission

Jurij Bohuzkyj, stv. Leiter des
 Sekretariats

Ihor Dir, Leiter des
 außenpolitischen Dienstes

Iryna Wannikowa,
 Pressesekretärin des Präsidenten

**Sicherheits- und
 Verteidigungsrat**

Rajisa Bohatyrjowa,
 Sekretärin des Rates

Serhij Paraschyn,
 stv. Sekretär

Andrij Pyschnyj,
 stv. Sekretär

Borys Sajtschuk,
 stv. Sekretär

Der Sicherheits- und
 Verteidigungsrat setzt sich
 aus führenden Ministern
 und Gouverneuren
 zusammen.

Ministerkabinett

Oleksandr Turtschynow,
 1. Vize-Premierminister
Hryhorij Nemyrja,
 Vize-Premierminister für europäische
 Integration
Iwan Wasjunyk,
 Vize-Premierminister für humanitäre
 Fragen
 NN, Vizepremierminister für Wirtschaft

Viktor Pynsenyk, Finanzminister
Bohdan Danylyschyn, Wirtschaftsminister
Josyp Winskyj, Transportminister
Heorhij Filiptschuk, Umweltminister
Ljudmyla Denysowa,
 Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik
Jurij Melnyk, Agrarminister
Wolodymyr Nowyzyk,
 Minister für Industriepolitik
Viktor Poltawez,
 Minister für Kohleindustrie
Petro Krupko,
 Minister beim Ministerkabinett
Jurij Luzenko, Innenminister
Wolodymyr Schandra,
 Minister für Katastrophenschutz
Iwan Wakartschuk, Bildungsminister
Wasyl Wowkun, Kulturminister
Jurij Jechanurow, Verteidigungsminister
Wasyl Knjasewytsch, Gesundheitsminister
Wasyl Kujbida, Minister für
 Regionalentwicklung und Bauwesen
Oleksij Kutscherenko,
 Minister für Wohn- und
 Kommunalwirtschaft
Mykola Onischtschuk, Justizminister
Wolodymyr Ohrysko, Außenminister
Jurij Pawlenko, Minister für Familie,
 Jugend und Sport
Jurij Prodan, Minister für Brennstoff und
 Energetik

Zusammenstellung: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Ausschussvorsitzenden im Parlament

Parlamentspräsident

Arsenij Jazenjuk

NN, 1. stv. Parlamentspräsident

NN, stv. Parlamentspräsident

BJUT	NU-NS	Partei der Regionen	Block Lytwyn	KPU
Iwan Kyrylenko	Wjatscheslaw Kyrylenko	Viktor Janukowytsch	Wolodymyr Lytwyn	Petro Symonenko
Ausschuss für Rechtspolitik – Serhij Mischtschenko Familie, Jugendpolitik, Sport – Pawlo Kostenko Wissenschaft und Bildung – Wolodymyr Polohalo Kultur und Geistigkeit – Wolodymyr Jaworiwskyj Industrie- und Regulierungspolitik und Unternehmertum – Natalija Korolewska Fiskal- und Zollpolitik – Serhij Terjochin Rentner und Behinderte – Walerij Suschkewytsch Rechtsschutzarbeit – Viktor Schwez	Staatsaufbau und kommunale Selbstverwaltung – Oleksandr Omeltschenko Brennstoff- und Energiekomplex – Mykola Martynenko Nationale Sicherheit und Verteidigung – Anatolij Gryzenko Europäische Integration – Borys Tarasjuk	Gerichtbarkeit – Serhij Kiwalow Sozialpolitik und Arbeit – Wasyl Chrara Gesundheitswesen – Tetjana Bachtejewa Finanzen – Mykola Asarow Bauwesen und Städtebau – Wolodymyr Rybak Agrarpolitik – Mykola Prysjashnjuk Geschäftsordnung und Abgeordnetenethik – Oleksandr Jefremow Freiheit des Wortes und Information – Hanna Herman	Menschenrechte und nationale Minderheiten – Ihor Scharow Haushalt – Mykola Derkatsch	Wirtschaftspolitik – Oleksandr Tkatschenko Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Korruption – Ihor Kaljetnik

Zusammenstellung: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Regierung Julia Timoschenko

(seit 18.12.2007)



Julia Timoschenko
Premierministerin

Geb. 1960 in Dnipropetrowsk, Ökonomin, Vorsitzende der Partei »Batkivschtschyna«, 1999 unter Premierminister Viktor Juschtschenko stellvertretende Ministerpräsidentin mit Verantwortung für den Energiebereich. Premierministerin von Februar bis September 2005. 2005–12.2007 Oppositionsführerin. Seit 18.12.2007 wieder Premierministerin.

Quote des Blocks Julia Timoschenko



Oleksandr Turtschynow
1. Vize-Premierminister

Geb. 1964 in Dnipropetrowsk, Metallurgieingenieur, Professor, stv. Vorsitzender der Partei »Batkivschtschyna.«
Enger Berater Julia Tymoschenkos, Ex-SBU-Chef in der ersten Regierung Tymoschenko 2005, stv. Fraktionsvorsitzender, Nr. 2 der BJUT-Wahlliste 2007.



Hryhorij Nemyrja
Vize-Premierminister für europäische Integration

Geb. 1960 in Donezk, Historiker, 1988–2006 – pädagogische und administrative Arbeit in führenden ukrainischen Universitäten, nach 1998 mit Schwerpunkt internationale Beziehungen und europäische Integration. Seit 2006 Mitglied des ukrainischen Parlaments, Fraktion Block Julia Timoschenko, Mitglied des Ausschusses für europäische Integration, stv. Fraktionsvorsitzende BJUT, Berater für Außenpolitik von Julia Timoschenko. Nr. 46 der BJUT-Wahlliste 2007.



Viktor Pynsenyk
Minister für Finanzen

Geb. 1954 im Gebiet Transkarpatien, Professor für Wirtschaft, Parteivorsitzender »Reformen und Ordnung« seit 1997. 1975–1991 – pädagogische und wissenschaftliche Arbeit, Parlamentsabgeordneter 1991–2006, Wirtschaftsminister 1992–1993, Vize-Premierminister 1994–1996, Finanzminister in der ersten Regierung Timoschenko 2005, vertritt liberale Ansichten. Nr. 6 der BJUT-Wahlliste.



Bohdan Danylyschyn
Minister für Wirtschaft

Geb. 1965, Professor für Wirtschaft, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Autor der staatlichen Programme für innovative und nachhaltige Entwicklung, Leiter des Rates für die Forschung der Produktionskräfte der Akademie der Wissenschaften.



Josyp Winskyj
Minister für Transport und Kommunikation

Geb. 1956 im Gebiet Chmelnyzkyj, Politologe. 1991–2006 – führendes Mitglied der Sozialistischen Partei der Ukraine. Aus Protest gegen Wechsel von Moros verließ er 2006 die Sozialistische Partei und wurde Mitglied des Parteivortsandes »Batkiwtschyna«. Parlamentsabgeordneter seit 1994. Nr. 4 der BJUT-Wahlliste 2007.



Heorhij Filiptschuk
Minister für Umweltschutz

Geb. 1950 im Gebiet Tschernihiw, Professor für Pädagogik, Mitglied der Akademie der pädagogischen Wissenschaften, Parlamentsabgeordneter 1994–1998 und 1997, Nr. 150 der BJUT-Wahlliste 2007, Mitglied der Partei »Batkiwtschyna«.



Ljudmyla Denysowa
Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik

Geb. 1960 in Archangelsk (Russland), 1998–2001 – Finanzministerin der Autonomen Republik Krim, 2000–2006 – Parlamentsabgeordnete der Autonomen Republik Krim, Parlamentsabgeordnete der Ukraine 2005–2006 und 2007, Mitglied der Partei »Batkiwtschyna«, Nr. 71 der BJUT-Wahlliste 2007, Leiterin der »Korporation Gumatex«.



Jurij Melnyk
Minister für Agrarpolitik

Geb. 1962 im Gebiet Tscherkassy, studierte Landwirtschaft, 2005–2006 Vizepremierminister für Agrarpolitik in der Regierung Jechanurow, seit 2006 – Minister für Agrarpolitik in der Regierung Janukowytsch. Keine Angaben zur Parteizugehörigkeit.



Wolodymyr Nowyzkyj
Minister für Industriepolitik

Geb. 1947, Gebiet Chmelnyzkyj, Ingenieur für Chemietechnologien, 1992–1995 – stv. Minister für Industriepolitik, 2000–2001 – Leiter des Staatskomitees für Industriepolitik, 2003–2007 – stv. Minister für Industriepolitik. Keine Angaben zur Parteizugehörigkeit.



Viktor Poltawez
Minister für Kohleindustrie

Geb. 1937 in Gebiet Donezk, Bergbauingenieur. 1986–1987, 1994–1995 – Minister für Kohleindustrie. 1996–2000 – Generaldirektor der Fa. Luhanskwugillja. Danach Leiter eines Forschungsinstituts für Bergbau in Luhansk, Akademiemitglied für Bergbau. Keine Angaben zur Parteizugehörigkeit.



Petro Krupko
Minister beim Ministerkabinett

Geb. 1958, 2000–2005 – Leiter der Rechtsabteilung des Ministerkabinetts der Ukraine, 2005 – Minister beim Ministerkabinett der Ukraine (in der ersten Regierung Timoschenko), 2005–2007 – 1. stv. Justizminister (in der Regierung Janukowytsch), 2007 – Parlamentsabgeordneter, Fraktion Julia Timoschenko, parteilos, Nr. 118 der BJUT-Wahlliste 2007.

Quote des Blocks Nascha Ukraina – Selbstverteidigung des Volkes (NU-NS)



Iwan Wasjnyk
Vize-Premierminister für humanitäre Fragen

Geb. 1959 im Gebiet Lwiw, dipl. Ökonom, 2000–2001 – Berater des Premierministers Juschtschenko und Leiter seines Premierdienstes, 2002–2005 – Parlamentsabgeordneter, Fraktion »Nascha Ukraina«, seit 2005 stv. Leiter des Präsidialsekretariats, Mitglied des Parteivorstands der Volksunion Nascha Ukraina, steht nah zu Präsident Juschtschenko. Quote des Präsidenten.



Jurij Luzenko
Minister für Inneres

Geb. in Riwne, Ingenieur für Elektrotechnik. 2001–2006 – führendes Mitglied der Sozialistischen Partei der Ukraine. 2002–2005 – Parlamentsabgeordnete, Fraktion der Sozialistischen Partei, er war einer der Haupt-Organisatoren der »orangenen Revolution« 2004. 2005–2006 Innenminister in der Regierung von Jechanurow und Janukowytsch. Aus Protest gegen Wechsel von Moros verließ 2006 die Sozialistische Partei und gründete eine eigene politische Bewegung »Volksverteidigung des Volkes«, die ein wichtiger Bestandteil des pro-präsidentiellen Wahlbündnisses bei den Parlamentswahlen 2007 wurde. Spitzenkandidat der NU-NS-Wahlliste 2007. Im Moment parteilos. Quote der Fraktion NU-NS.



Wolodymyr Schandra
Minister für Katastrophenschutz

Geb. 1963 im Gebiet Ternopil, Elektroingenieur, 2002–2005 – Parlamentsabgeordneter, Fraktion »Nascha Ukraina«, 2005–2006 – Minister für Industriepolitik (Ukas des Präsidenten Juschtschenko). Quote der Fraktion NU-NS.



Iwan Wakartschuk
Minister für Bildung und Wissenschaft

Geb. 1947 in Moldowa, Professor für theoretische Physik, seit 1990 – Rektor der Franko-Universität Lwiw. Keine Angaben zur Parteizugehörigkeit. Quote der Fraktion NU-NS.



Wasyl Wowkun
Minister für Kultur und Tourismus

Geb. 1957 im Gebiet Lwiw, Schauspieler, Regisseur und Drehbuchautor. Einer der besten ukrainischen Regisseure und Organisatoren von nationalen Shows und Großfesten, wie z.B. Unabhängigkeitstage, Inauguration des Präsidenten etc. Quote der Fraktion NU-NS.



Jurij Jechanurow
Minister für Verteidigung

Geb. 1948 in Jakutija (Russland), dipl. Ökonom. 1997 – Wirtschaftsminister, 1999–2001 – 1. Vize-Premierminister, 2002–2005 – Parlamentsabgeordneter Block Nascha Ukraina, 2005–2006 – Premierminister der Ukraine (liberaler Technokrat, »ruhige Hand des Präsidenten«). 2006–2007 – Parlamentsabgeordneter Block Nascha Ukraina, seit März 2007 – 1. stv. Parteivorsitzender Volksunion Nascha Ukraina, Parlamentsabgeordneter 2007, Nr. 24 der NU-NS-Wahlliste, Befürworter einer »breiten« Koalition mit der Partei der Regionen. Quote des Präsidenten.

Wasyl Knjasewytsch
Minister für Gesundheitswesen

Persönlicher Arzt von Präsident Juschtschenko und Leiter des Arztdienstes der staatlichen Sachverwaltung. Quote des Präsidenten.



Wasyl Kujbida
Minister für Regionalentwicklung und Bauwesen

Geb. 1958 in Komi (Russland), Mathematiker und Jurist, Schwerpunkt kommunale Selbstverwaltung. 1994–2002 – Bürgermeister von Lwiw, 2006–2007 – Parlamentsabgeordneter Nascha Ukraina, Parlamentsabgeordneter 2007 Fraktion NU-NS, Nr. 26 der NU-NS-Wahlliste. Seit 2003 – stv. Vorsitzender der Partei Rukh. Quote der Fraktion NU-NS.



Oleksij Kutscherenko
Minister für Wohn- und Kommunalwirtschaft

Geb. 1961 in Winnyzja, Magister für öffentliche Verwaltung. 1998–2002 – Parlamentsabgeordneter (Direktmandat in Saporishja), 2000–2001 – Gouverneur von Saporishja, 2005 – Leiter des Staatskomitees für Kommunalwirtschaft, seit 2002 – Präsident des Automobilwerkes »Autokraz«, 2006–2007 und 2007 – Parlamentsabgeordneter von der Volksunion Nascha Ukraina, Nr. 52 der NU-NS-Wahlliste, Geschäftsführer der Regionalorganisation der Volksunion Nascha Ukraina in Kiew. Quote der Fraktion NU-NS.



Mykola Onischtschuk
Minister für Justiz

Geb. 1957 in Gebiet Shytomyr, dipl. Jurist, stv. Vorsitzender des ukrainischen und Juristenverbands und des Weltkongresses der Juristen, 2002–2006 – Parlamentsabgeordneter Fraktion »Für eine einheitliche Ukraine«, seit 2007 – Mitglied des Parteivorstands der Volksunion Nascha Ukraina, 2007 – Parlamentsabgeordneter, Nr. 14 der NU-NS-Wahlliste. 2006–2007 – stv. Vorsitzender der ukrainisch-deutschen interparlamentarischen Gruppe. Vorsitzender der Kommission für Rechtsstaatlichkeit und Verfassungsreform beim Präsidenten der Ukraine. Quote des Präsidenten.



Wolodymyr Ohrysko
Minister für Auswärtiges

Geb. 1956 in Kiew, Karrierediplomat, seit 1978 bekleidet unterschiedliche Ämter im Außenministerium der Ukraine. 1992–1996 – Berater des ukrainischen Botschafters in Deutschland und Österreich, 1999–2004 Botschafter in Österreich. 2005–2007 1. stv. Außenminister. Nach der Entlassung von Tarasjuk im Februar 2007 wurde vom Präsidenten zweimal der pro-Janukowytsh parlamentarischen Mehrheitskoalition ergebnislos vorgeschlagen. Nun hat der Präsident seinen Favoriten durchgesetzt. Quote des Präsidenten.



Jurij Pawlenko
Minister für Familie, Jugend und Sport

Geb. 1975 in Kiew, Historiker, Magister für öffentliche Verwaltung, Beispiel eines erfolgreichen jungen Politikers. 2002–2006 – Parlamentsabgeordneter Block Nascha Ukraina. 2005–2006 – Minister für Familie, Jugend und Sport in der Regierung von Timoschenko und Jechanurow. 2006–2007 – Gouverneur von Shytomyr. 2007 – Parlamentsabgeordneter, Nr. 7 der der NU-NS-Wahlliste, Mitglied des Vorstandes der Volksunion Nascha Ukraina. Quote der Fraktion NU-NS.



Jurij Prodan
Minister für Brennstoff und Energetik

Geb. 1959 in Norilsk (Russland), Elektroingenieur. 2005–2006 – 1. stv. Minister für Brennstoff und Energetik (Ukas Juschtschenko), 2006–2007 – Berater des Präsidenten Juschtschenko zu Energiefragen. 2007 – stv. Sekretär des Sicherheits- und Verteidigungsrates. Keine Angaben zur Parteizugehörigkeit. Quote des Präsidenten.

Zusammenstellung (inkl. Fotos): Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ministerpräsidenten der Ukraine seit 1997

	Vor- und Nachname	Amtszeit	Partei
	PUSTOWOJTENKO Walerij	07.1997 – 12.1009	Demokratische Volkspartei
	JUSCHTSCHENKO Viktor	12.1999 – 05.2001	damals parteilos; z.Zt. Ehrenvorsitzender der Volksunion Nascha Ukraina
	KINACH Anatolij	05.2001 – 11.2002	Partei der Industriellen und Unternehmer
	JANUKOWITSCH Viktor	11.2002 – 01.2005	Partei der Regionen
	TIMOSCHENKO Julia	02.2005 – 09.2005	Partei Batkiwschtschyna (Vaterland)
	JECHANUROW Jurij	09.2005 – 08.2006	Volksunion Nascha Ukraina
	JANUKOWITSCH Viktor	08.2006 – 12.2007	Partei der Regionen
	TIMOSCHENKO Julia	12.2007 bis dato	Partei Batkiwschtschyna (Vaterland)

Zusammenstellung (inkl. Fotos): Konrad-Adenauer-Stiftung.

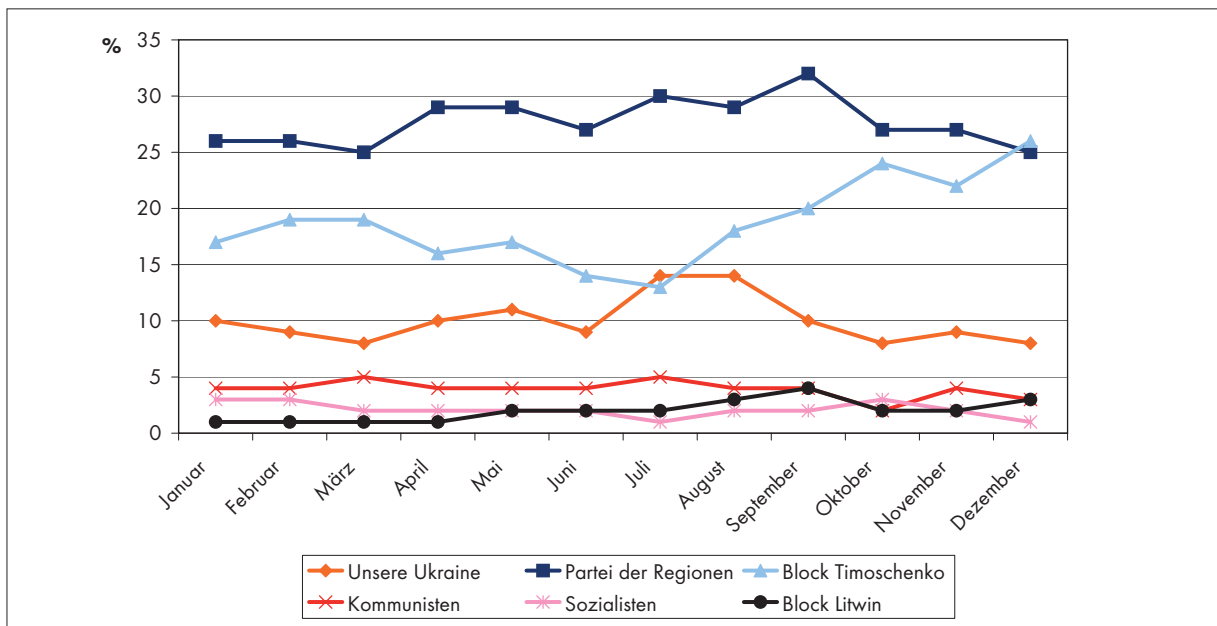
Umfrage

Die politische Stimmung in der Ukraine

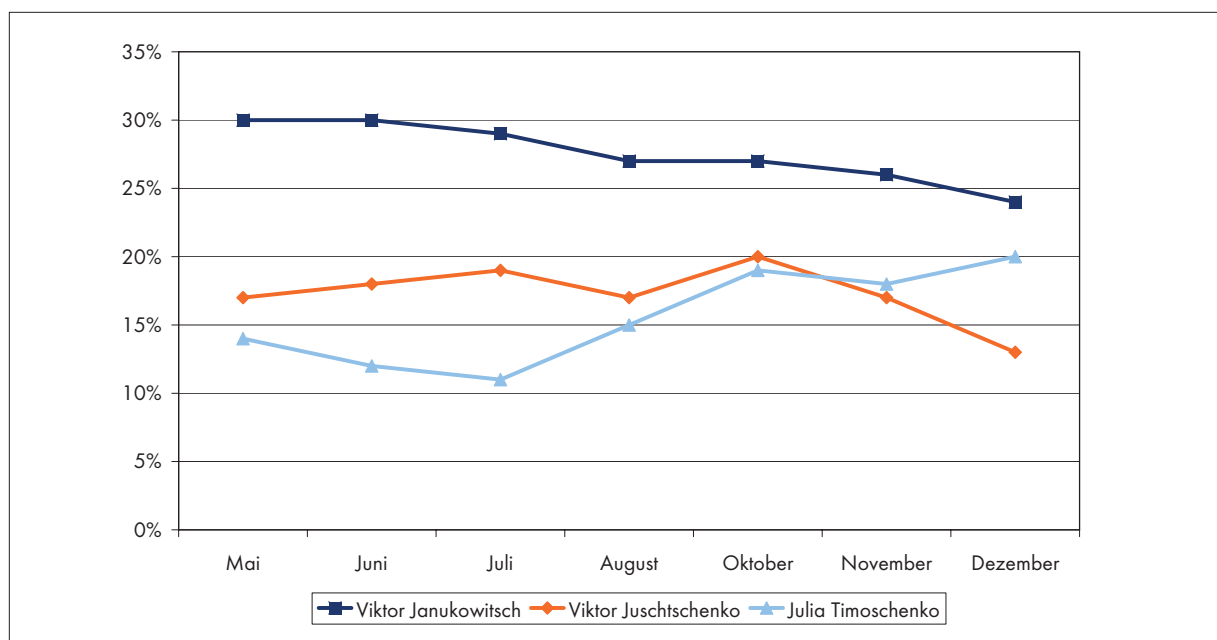
Repräsentative Umfrage des FOM-Ukraine Ende Dezember 2007, http://bd.fom.ru/report/map/projects/fom_ukraine/du081801

Politische Präferenzen

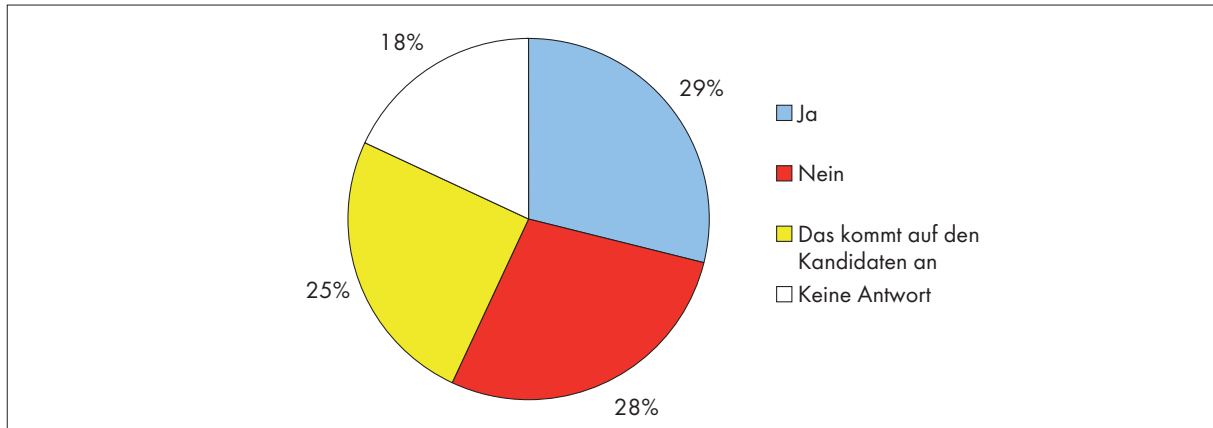
**Grafik 1: Welche Partei würden Sie wählen, wenn Sonntag Parlamentswahlen wären?
Kurzfristige Trends Januar bis Dezember 2007**



Grafik 2: Welchen ukrainischen Politiker würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Präsidentschaftswahl wäre? Kurzfristige Trends Mai bis Dezember 2007

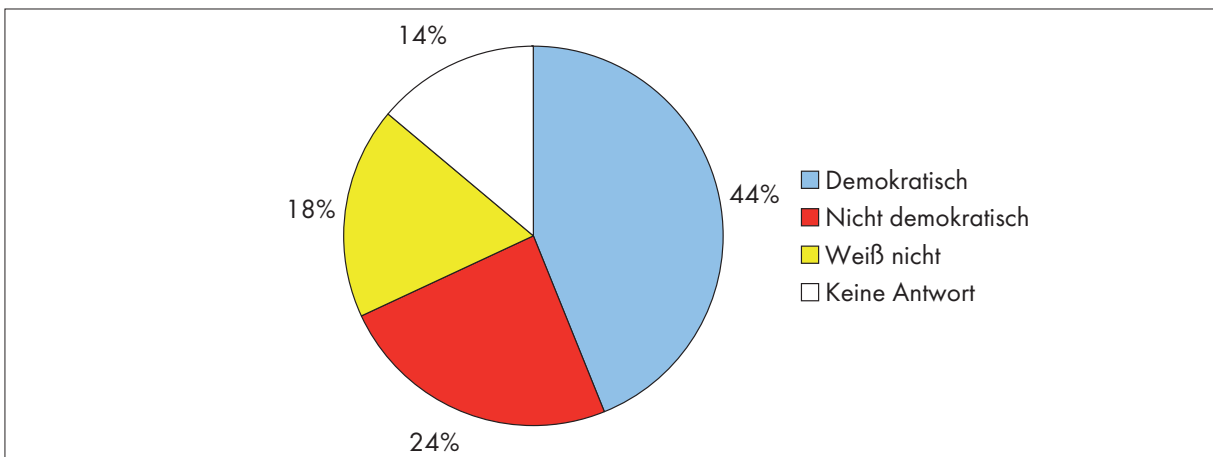


Grafik 3: Würden Sie es persönlich begrüßen, wenn es bei der ukrainischen Präsidentschaftswahl 2010 einen gemeinsamen Kandidaten von »Block Julia Timoschenko« und »Unsere Ukraine« gäbe?

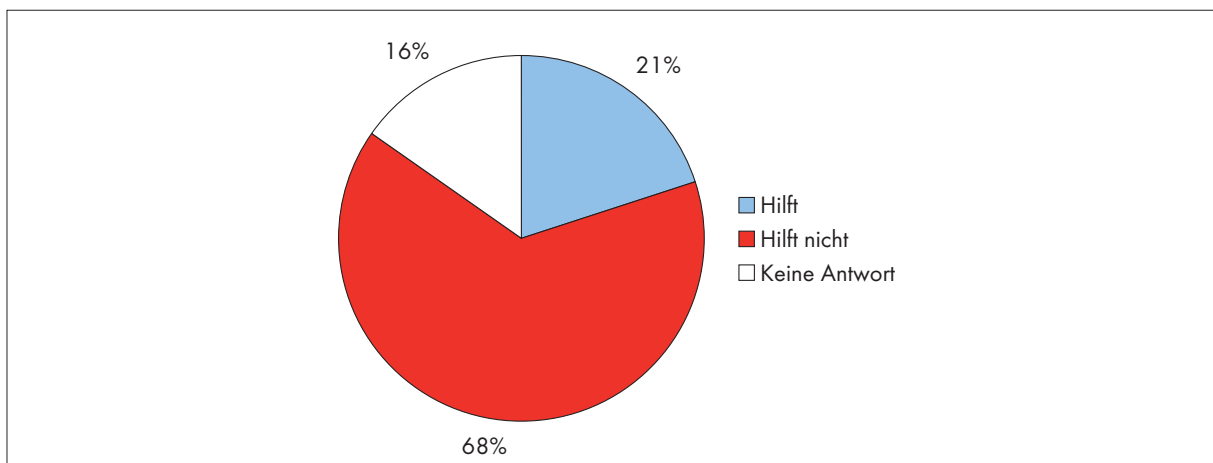


Einschätzung der Parlamentswahlen und der Regierungsbildung

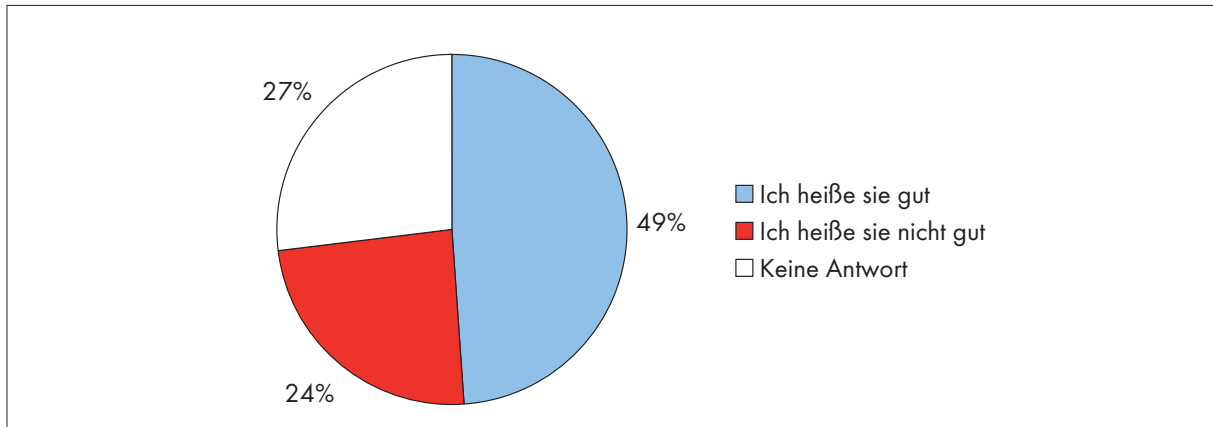
Grafik 4: Verließ die Wahl zum ukrainischen Parlament insgesamt demokratisch oder nicht?



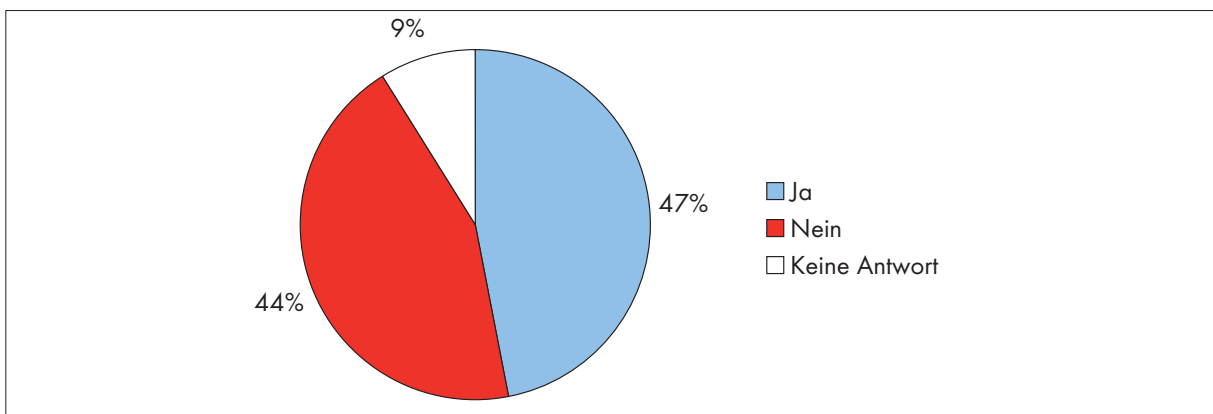
Grafik 5: Hilft die Wahl zum ukrainischen Parlament Ihrer Meinung nach bei der Lösung der politischen Krise in der Ukraine?



Grafik 6: Heißen Sie persönlich die Wahl Arsenij Razenjuks zum neuen Präsidenten des ukrainischen Parlaments gut oder nicht?

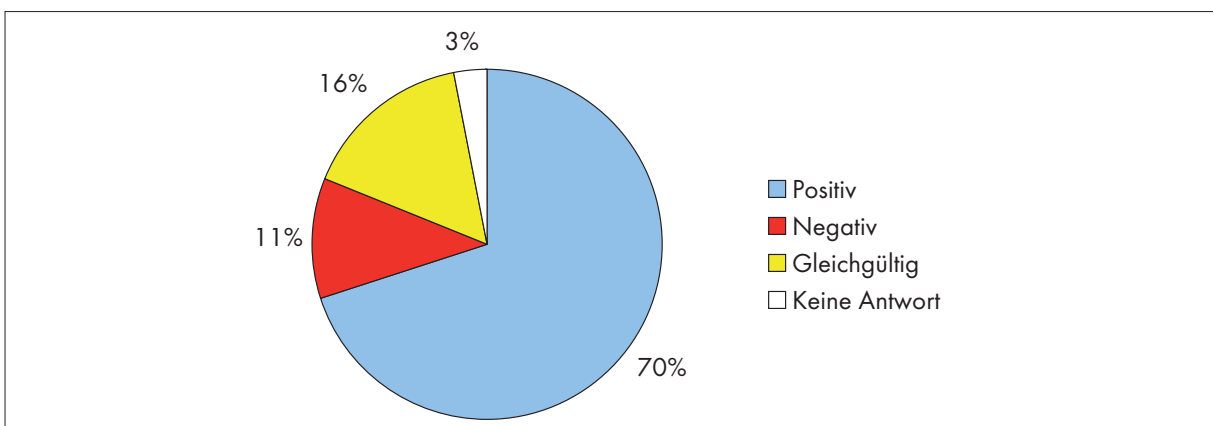


Grafik 7: Wünschen Sie sich persönlich, dass Julia Timoschenko Ministerpräsidentin wird?

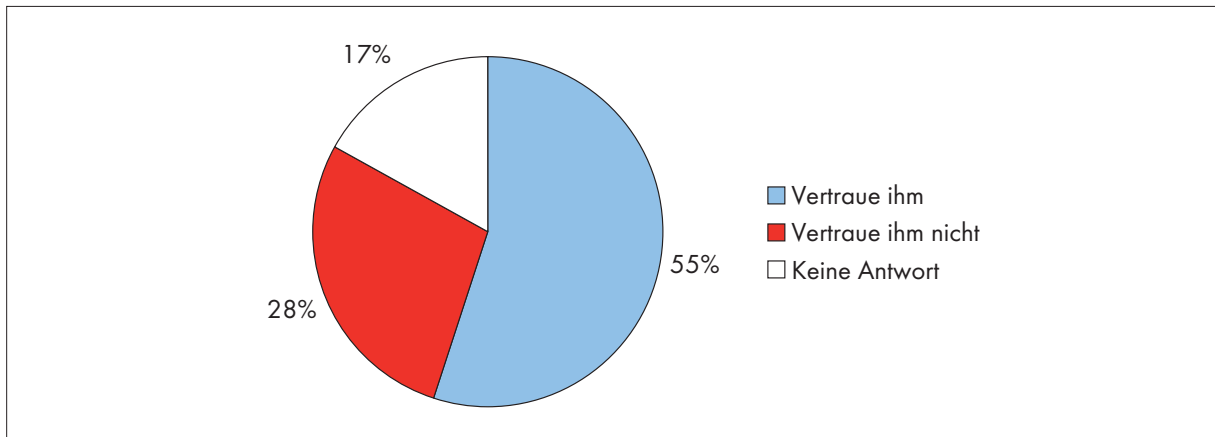


Haltung gegenüber Russland

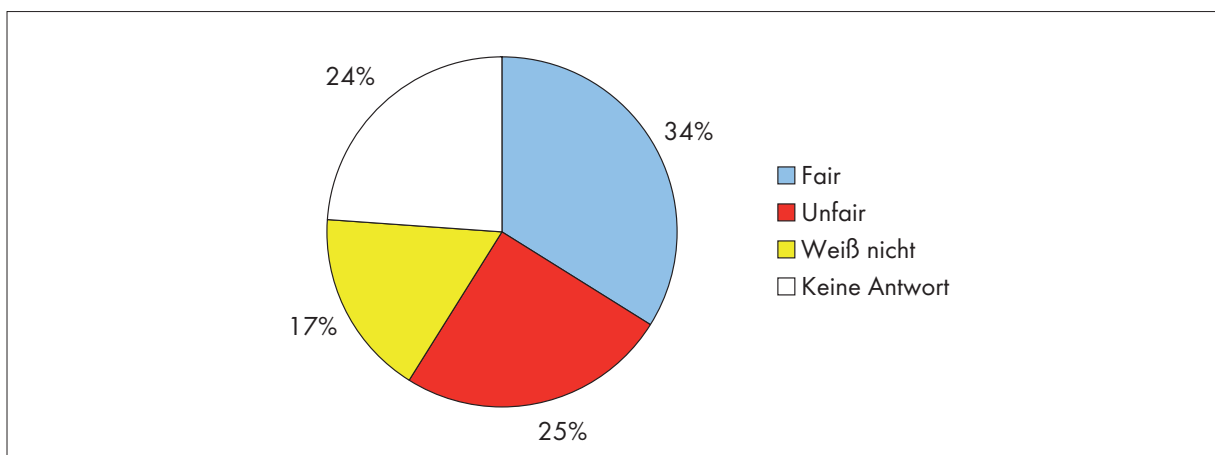
Grafik 8: Wie stehen Sie heute zu Russland – positiv, negativ oder gleichgültig?



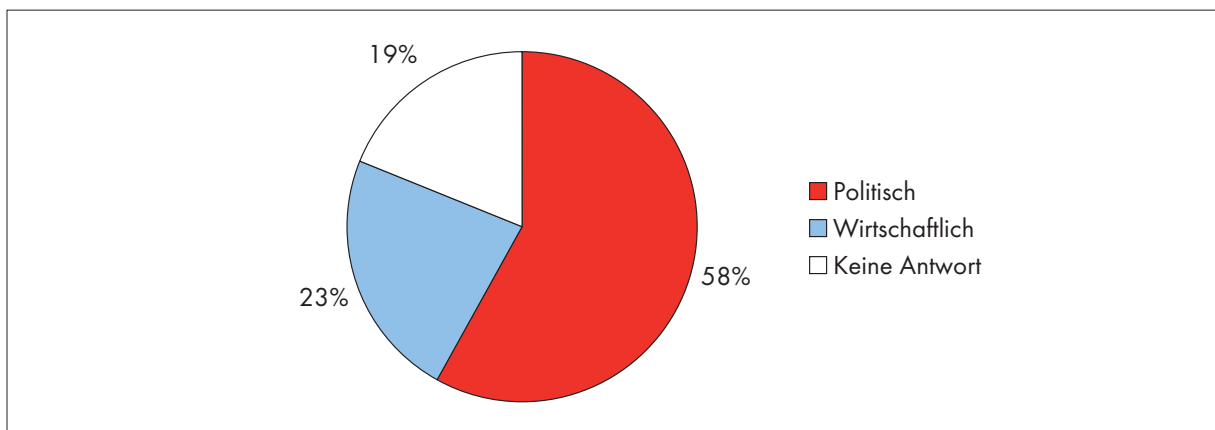
Grafik 9: Vertrauen Sie persönlich dem russischen Präsidenten Wladimir Putin oder nicht?



Grafik 10: Nicht wenige internationale Beobachter beurteilten die Parlamentswahlen in Russland als unfair und nicht den Gesetzen entsprechend. Andere Wahlbeobachter sahen die Wahlen zur russischen Duma als fair und transparent. Was glauben Sie, waren die russischen Wahlen fair oder unfair?



Grafik 11: Was glauben Sie, war die russische Entscheidung, die Gaspreise für die Ukraine zu erhöhen politisch oder wirtschaftlich geprägt?



Chronik
Vom 11. Dezember 2007 bis 21. Januar 2008

11.12.2007	Bei der Abstimmung über die Kandidatur von Julia Timoschenko für das Amt der Ministerpräsidentin stimmt genau die Hälfte der Abgeordneten mit »Ja«, so dass Timoschenko eine Stimme fehlt. Zwei Abgeordnete der Koalition aus Block Timoschenko und Unsere Ukraine beklagen, dass ihre Abstimmungskarte nicht funktioniert habe. Bei der Wiederholung der Abstimmung soll erneut eine Abstimmungskarte defekt sein. Gleichzeitig wird Parlamentspräsident Arseni Jazenjuk von einem Abgeordneten der Partei der Regionen an der Stimmabgabe gehindert. Jazenjuk vertagt daraufhin die Sitzung. Die Koalition aus Block Timoschenko und Unsere Ukraine hat eine Mehrheit von nur zwei Abgeordneten im Parlament, da sich mit Iwan Pljuschtsch ein Abgeordneter von Unsere Ukraine der Koalition nicht angeschlossen hat. Die Oppositionsparteien boykottierten die Abstimmung.
12.12.2007	Präsident Viktor Juschtschenko nominiert erneut Julia Timoschenko für das Amt der Ministerpräsidentin. Block Timoschenko und Unsere Ukraine fordern die Abgabe von Stimmzetteln und Probleme mit dem elektronischen Abstimmungssystem zu vermeiden. Die Partei der Regionen verlangt zuerst eine Abstimmung über die zwei Vertreter des Parlamentspräsidenten und besetzt aus Protest die Rednertribüne.
14.12.2007	Die Abstimmung über die Regierung wird auf den 18.12. festgelegt.
16.12.2007	Präsident Viktor Juschtschenko erklärt in einem Fernsehinterview, dass eine erneute Auflösung des Parlaments in Reaktion auf ein eventuelles Scheitern der Regierungsbildung »unglücklicherweise von der Verfassung nicht zugelassen werde«.
18.12.2007	Julia Timoschenko wird vom Parlament mit 226 Stimmen, also genau der erforderlichen Mindeststimmzahl, zur Ministerpräsidentin gewählt. Ein Abgeordneter von Unsere Ukraine, Iwan Pljuschtsch, enthält sich der Stimme. Ein weiterer befindet sich im Krankenhaus. Die Abgeordneten der Opposition boykottieren die Abstimmung. Anschliessend wird die Besetzung der Ministerposten in der neuen Regierungskoalition bestätigt. (Eine Liste aller Minister findet sich in dieser Ausgabe der Ukraine-Analysen.) Oppositionsführer Viktor Janukowitsch bezeichnet eine Regierungskoalition mit einer Mehrheit von nur zwei Stimmen als nicht tragfähig. Er sagt »Krisen, politische Intrigen und Streitigkeiten vor allem im orangen Lager« voraus.
19.12.2007	Auf der ersten Kabinettsitzung der neuen Regierung kündigt Julia Timoschenko die Vorlage eines neuen Staatshaushaltes für 2008 und eine Überprüfung des Finanzgebahrens und der Privatisierungsprojekte der alten Regierung an. Außerdem sollen der Bevölkerung die Ersparnisse aus der Sowjetzeit erstattet werden. Dies war ein zentrales Wahlkampfversprechen des Blocks Timoschenko.
20.12.2007	Die Partei der Regionen wirft der neuen Regierung vor, Experten aus den Ministerien systematisch zu entlassen und die Ministerialverwaltungen so »Säuberungen« zu unterziehen.
21.12.2007	Die Opposition formiert ein Schattenkabinett unter Leitung von Viktor Janukowitsch.
24.12.2007	Präsident Viktor Juschtschenko ernennt per Erlass Raisa Bohatirowa zur neuen Sekretärin des Nationalen Sicherheitsrates. Bohatirowa von der Partei der Regionen war im alten Parlament Vorsitzende der Regierungskoalition. Oppositionsführer Viktor Janukowitsch fordert sie auf, die Ernennung abzulehnen.
26.12.2007	Bei der Abstimmung über die Leitung der Parlamentsausschüsse erhält der Block 10 Ausschüsse, die Partei der Regionen 9, Unsere Ukraine 4, die Kommunisten 3 und der Block Litwin 2. Regierungskoalition und Opposition kontrollieren damit jeweils 14 Ausschüsse.
27.12.2007	Präsident Viktor Juschtschenko verfügt per Erlass die Einrichtung eines Nationalen Verfassungsrates. Dieser soll eine Revision der Verfassung vornehmen und Änderungen oder eine neue Verfassung vorschlagen. Die Mitglieder des Rates sollen bis zum 15. Januar von verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kräften nominiert werden. Den Vorsitz des Rates will Juschtschenko selbst übernehmen.
28.12.2007	Das Parlament verabschiedet mit den Stimmen der Regierungskoalition den neuen Staatshaushalt für 2008. Acht Abgeordnete der oppositionellen Kommunistischen Partei stimmen ebenfalls für den Haushalt. Die Abgeordneten der Partei der Regionen und des Blocks Litwin boykottieren die Abstimmung.

4.1.2008	Der Block Timoschenko präsentiert sein Programm zur Rückzahlung der Sparguthaben der Bevölkerung aus der Sowjetzeit. Die Guthaben sollen bis zu einer Höhe von 1.000 Griwna (knapp 200 US-Dollar) in bar ausbezahlt werden. Im Staatshaushalt 2008 sind dafür knapp 4 Mrd. US-Dollar vorgesehen. Die Auszahlungen beginnen am 11.1. Restguthaben sollen durch Sachgüter oder Schuldenverrechnung für Wohnungsnebenkosten erstattet werden. Hierfür fehlt allerdings noch eine konkrete Regelung. Nach Angaben von Präsident Viktor Juschtschenko belaufen sich die Gesamtschulden des ukrainischen Staates gegenüber der Bevölkerung auf 26 Mrd. US-Dollar.
9.1.2008	Die Regierung kündigt großangelegte Überprüfungen der staatlichen Betriebe im Kohlebergbau und in der Erdöl- und Erdgaswirtschaft an.
10.1.2008	Präsident Viktor Juschtschenko bringt 11 Gesetzentwürfe in das Parlament ein, die er als dringend bezeichnet. Die Gesetzentwürfe behandeln zentrale Streitpunkte zwischen Präsident und Regierung Janukowitsch im Vorfeld der politischen Krise im Frühjahr 2007. Das Gesetzpaket des Präsident umfasst u.a. Gesetze über die Regierung, über die kommunale Selbstverwaltung und über den Obersten Gerichtshof sowie Änderungen am Gesetz über das Verfassungsgericht. Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erklärt ihre Zustimmung zu den Gesetzentwürfen.
12.1.2008	Verteidigungsminister Juri Jechanurow erklärt, dass die Ukraine bis 2010 eine reine Berufsmarine einführen werde. Die Kosten für die Umstellung von einer Wehrpflichtarmee beziffert er auf 10 Mrd. US-Dollar.
15.1.2008	Das Parlament ratifiziert das Visa- und Rückführungsabkommen mit der EU.
18.1.2008	Außenminister Wladimir Ogrisko übergibt NATO Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer einen Antrag der Ukraine auf die Einsetzung eines Membership Action Plan für die Ukraine auf dem Bukarest Summit der NATO im April. Das Schreiben wurde von Präsident Viktor Juschtschenko, Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und Parlamentspräsident Arseni Jazenjuk unterschrieben.
18.1.2008	Aus Protest gegen die Unterschrift des Parlamentspräsidenten Arseni Jazenjuk unter dem Antrag der Ukraine auf einen NATO Membership Action Plan blockieren Abgeordnete der Partei der Regionen und der Kommunisten die Rednertribüne im Parlament. Jazenjuk sieht sich gezwungen die Sitzung auf den 25.1. zu vertagen. Die Abstimmung über die von Präsident Viktor Juschtschenko am 10.1. eingebrachten Gesetzentwürfe verzögert sich damit.
18.1.2008	Präsident Viktor Juschtschenko erklärt, dass er den Beitritt der Ukraine zur WTO für den 5.2.2008 erwartet.
18.1.2008	Auf der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates kommt es zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen Innenminister Juri Luzenko und dem Kiewer Bürgermeister Leonid Tschernowez. Präsident Viktor Juschtschenko fordert die Generalstaatsanwaltschaft auf, den Vorfall zu untersuchen.
20.1.2008	In einem Fernsehinterview erklärt Präsident Viktor Juschtschenko, dass er das Gesetz über den Staatshaushalt 2008 nicht unterschreiben werde, falls das Haushaltsdefizit mehr als 2% betragen sollte. Er begründet dies mit seiner Verantwortung für die Inflationsbekämpfung.
21.1.2008	Der für den 23.1. geplante offizielle Besuch von Julia Timoschenko in Russland wird von der ukrainischen Seite ohne konkreten Termin auf Februar verschoben.
21.1.2008	Per Erlass streicht Präsident Viktor Juschtschenko die Mitgliedschaft der Leiter der regionalen Exekutiven im Nationalen Sicherheitsrat.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolf-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de